

## **Antrag an den LSVD-Verbandstag 2014**

**Antragsteller: Bundesvorstand**

**Der Verbandstag möge beschließen:**

### **5 Die Katholische Kirche muss Worten auch Taten folgen lassen: Verantwortung übernehmen für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung**

10 Papst Franziskus hat wiederholt geäußert, die Kirche dürfe Homosexuelle nicht  
verurteilen. Vielmehr müsse sie sie in Barmherzigkeit begleiten. Eine „spirituelle  
Einmischung in ihr persönliches Leben“ dürfe es nicht geben. Die Deutsche  
Bischöfskonferenz hat dies ausdrücklich begrüßt. Jetzt müssen den Worten Taten  
folgen.

15 Der LSVD fordert die deutschen Bischöfe und alle Verantwortlichen der römisch-  
katholischen Kirche in Deutschland auf, die Ausgrenzung von Homosexuellen und  
Transgender zu beenden und sich in der internationalen Arbeit gegen Verfolgung  
und Hass einzusetzen. Menschenrechte gelten unabhängig von sexueller  
Orientierung und Geschlechtsidentität. Das muss auch die katholische Kirche  
20 beachten.

### **Diskriminierung im Arbeitsrecht beenden**

25 Die römisch-katholische Kirche und ihre Einrichtungen sind einer der größten  
Arbeitgeber in Deutschland. Viele tausend Lesben und Schwule sind bei ihr als  
Erzieher, Krankenpflegerinnen, Ärzte, Lehrerinnen, Studienräte oder Professorinnen  
angestellt. Die Finanzierung erfolgt aus Steuergeldern.

30 Die Deutsche Bischöfskonferenz konnte 2001 das Lebenspartnerschaftsgesetz nicht  
verhindern. Als Reaktion hat der „Ständige Rat der Deutschen Bischöfskonferenz“  
2002 beschlossen, dass eine Verpartnerung immer einen schwerwiegenden  
Loyalitätsverstoß darstellt, der die Kündigung nach sich zieht. Die Angestellten sind  
folglich gezwungen, ihr Privatleben und ihre Beziehungen zu verheimlichen.  
Andernfalls riskieren sie eine Kündigung.

35 Es ist mit einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar, dass Lesben und Schwule  
in Einrichtungen, die aus Steuergeldern finanziert werden, nur arbeiten dürfen, wenn  
sie sich verleugnen. Die katholische Kirche darf sich als Arbeitgeber nicht außerhalb  
des Diskriminierungsverbots in der Verfassung und dem Allgemeinen  
40 Gleichbehandlungsgesetz stellen. Die Deutsche Bischöfskonferenz muss ihren  
Beschluss aus dem Jahre 2002 revidieren, sie muss mit Lesben und Schwulen  
endlich ihren Frieden machen und die Eingetragene Lebenspartnerschaft  
anerkennen.

### **45 Weltkirche muss Verfolgung entgegentreten**

Die deutschen Bischöfe stehen in der Verantwortung, in der Weltkirche gegen die  
Verfolgung von Homosexuellen und Transgender Stellung zu beziehen. Im Februar  
2014 hat beispielsweise die Nigerianische Bischöfskonferenz die eklatante  
50 Verschärfung der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexuellen in ihrem Land als  
„Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. Der Vorsitzende der Nigerianischen  
Bischöfskonferenz, Erzbischof Ignatius Kaigama, schrieb dem nigerianischen  
Präsidenten, das Gesetz schütze die Würde des Menschen, stimme mit den  
moralischen und ethischen Werten der afrikanischen Kulturen überein und betone  
55 die Heiligkeit der Ehe als Verbindung von Mann und Frau. Das Gesetz ist ein

Anschlag auf die Menschenrechte, ein Freibrief für Denunzianten und Gewalttäter. Die menschenverachtenden Äußerungen von Erzbischof Kaigama sind ein Beitrag zu Mord und Totschlag, sie unterstützen das Klima von Hass und Gewalt im bevölkerungsreichsten Land Afrikas.

60

Die deutschen Bischöfe dürfen dazu nicht schweigen. Wir erinnern daran, dass selbst die Vatikanische Glaubenskongregation bereits 1986 betont hat: „Es ist nachdrücklich zu bedauern, dass homosexuelle Personen Objekt übler Nachrede und gewalttätiger Aktionen waren und weiterhin noch sind. Solche Verhaltensweisen verdienen, von den Hirten der Kirche verurteilt zu werden, wo immer sie geschehen.“ Es wird höchste Zeit, dass die deutschen Bischöfe dieser Aufforderung endlich einmal Folge leisten.

65

Wir fordern die deutschen Bischöfe auf, das den Menschenrechten Hohn sprechende homophobe Strafrecht in Nigeria eindeutig zu verurteilen, ebenso wie die Stellungnahme der Nigerianischen Bischofskonferenz sowie Gewaltaufrufe und Gewalttaten gegen Lesben und Schwule. Sie müssen ihren nigerianischen Kollegen ins Gewissen reden, dass die Förderung der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexualität selbst nach den Grundsätzen des Vatikans mit der katholischen Lehre unvereinbar ist. Wer hier schweigt, lädt Schuld auf sich.

75